

Zukunftsinvestitionen, die längerfristig teuer zu stehen kommen. Der weitaus grösste Teil der jungen Schweizerinnen und Schweizer absolviert eine Berufslehre. Es geht nicht an, das berufliche Bildungswesen im Vergleich zu den Hochschulen weiterhin zu benachteiligen. Das Beispiel SIBP ist ein Beweis für diese Behauptung.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Überwiesen – Transmis*

83.388

**Postulat Ziegler-Solothurn**  
**Tierversuche. Dokumentationsstelle**  
**Postulat Ziegler-Soleure**  
**Expériences sur les animaux.**  
**Centre de documentation**

*Wortlaut des Postulates vom 16. März 1983*

Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen,

– ob nicht in Zusammenarbeit mit Universitätsinstituten und der Industrie eine zentrale Dokumentationsstelle zur Speicherung von Angaben über Zielsetzung bzw. Fragestellung, Methode und Ergebnis aller bewilligten Tierversuche geschaffen werden sollte, und

– ob nicht die Inhaber von Bewilligungen für Tierversuche angehalten werden könnten, den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden über die Ergebnisse abgeschlossener Versuche bzw. mehrjähriger Versuchsserien jährlich Bericht zu erstatten.

*Texte du postulat du 16 mars 1983*

Le Conseil fédéral est prié d'examiner,

– s'il ne conviendrait pas de créer, en collaboration avec les instituts universitaires et l'industrie, un centre de documentation chargé de répertorier les indications concernant le but poursuivi ou bien le motif, la méthode et le résultat de toutes les expériences autorisées sur les animaux, et

– s'il ne serait pas possible d'obliger les titulaires d'autorisation permettant de procéder à de telles expériences, à rendre compte chaque année aux autorités fédérales ou cantonales compétentes des résultats d'expériences terminées ou de séries d'expériences portant sur plusieurs années.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Biderbost, Blunschy, Bundi, Butty, Cantieni, Columberg, Darbellay, Dirren, Hugenberg, Jelmini, Kühne, Kunz, Müller-Luzern, Röthlin

(14)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Erfahrung zeigt unter anderem, dass die Wiederholung identischer oder fast identischer Tierversuche bereits auf nationaler Ebene zu einer starken Vermehrung der Tierversuche führt, was dem gesetzlichen Erfordernis der Unerlässlichkeit widerspricht. Mit einer Dokumentationsstelle könnte vermehrte Transparenz unter den interessierten Kreisen, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit ermöglicht werden. Eine solche Stelle wäre jedoch auf die Informationen der Bewilligungsinhaber angewiesen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Überwiesen – Transmis*

83.403

**Postulat Bundi**  
**Tierversuche. Tierschutzverordnung**  
**Expériences sur les animaux.**  
**Ordonnance sur la protection des animaux**

*Wortlaut des Postulates vom 17. März 1983*

Der Bundesrat wird eingeladen, den Abschnitt über die Tierversuche in der Tierschutzverordnung dringend zu revidieren und dem Tierschutz im Sinne des Gesetzes Nachachtung zu verschaffen. Insbesondere sind Bestimmungen zu erlassen, welche

– eine drastische Reduktion der Tierversuche zur Folge haben;

– die Anwendung des LD-50-Tests mit seinem sinnlosen und grausamen Verschleiss an Tieren und des Draize-Tests für Kosmetika sofort zu verbieten;

– verpflichten, den Aspekt der Schmerzen, Leiden oder Schäden, die einem Tier zugefügt werden, bei der Bewilligung von Tierversuchen zwingend zu berücksichtigen;

– Gewähr bieten, dass die Erteilung von kantonalen Bewilligungen für Tierversuche anhand streng abgefasster und den Willen des Tierschutzgesetzes klar respektierender Kriterien restriktiv gehandhabt wird.

*Texte du postulat du 17 mars 1983*

Le Conseil fédéral est invité à réviser d'urgence, dans l'ordonnance sur la protection des animaux, le chapitre qui traite des expériences sur les animaux, et de mettre ainsi en pratique la protection accordée aux bêtes par la loi. Il convient notamment d'arrêter des dispositions qui

– auront pour effet de réduire considérablement le nombre de ces essais;

– interdiront avec effet immédiat l'application du test LD 50, qui implique la mort inutile et cruelle d'un grand nombre d'animaux, ainsi que celle du test Draize pour les cosmétiques;

– obligeront à prendre en considération, lors de l'octroi d'une autorisation, les douleurs et les lésions infligées à un animal lors d'une expérience;

– garantiront que les autorisations cantonales pour les expériences sur les animaux soient accordées selon une procédure restrictive en vertu de dispositions sévères respectant fidèlement l'esprit de la loi sur la protection des animaux.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Affolter, Akeret, Ammann-St. Gallen, Bircher, Borel, Braunschweig, Eppenberger-Nesslau, Ganz, Gloor, Kunz, Lang, Loetscher, Longget, Meier Werner, Meizoz, Merz, Muheim, Müller-Luzern, Renschler, Schmid, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Solothurn

(23)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Obwohl Tierschutzgesetz und -verordnung seit dem 1. Juli 1981 in Kraft sind, findet auf dem Gebiete der Tierversuche ein immenser Verbrauch von Tieren, zum Teil verbunden mit unerhörten Quälereien, statt. So werden nach einem Bericht von «Bilanz» 12/1982 zum Beispiel an der Universität Zürich seit Jahren folgende Experimente durchgeführt: «Eine Katze wird in einem stereotaxischen Apparat mit Metallbändern, die ihr Pfoten und Rücken einschnüren, festgeschnallt; der Hals ist so fixiert, dass dem Tier keine Bewegung möglich ist. Am Kopf wird das Fell abrasiert. Mit einem Bohrer wird die Schädeldecke herausgesägt und abgetragen, dann wird die Membran, die das Gehirn bedeckt, entfernt. Kanülen, Spritzen, Sensoren werden langsam in die Kopfhöhle eingeführt. Mit Skalpell werden Teile der Gehirnmasse abgetragen, Elektroden eingesetzt

oder eine künstliche Schädeldecke aus Plexiglas mit vier Schrauben in den Schädelknochen fixiert.» Ein Kommentar zu solchen grauenhaften Methoden erübrigt sich.

In der Schweiz werden jährlich über drei Millionen Tiere für Versuchszwecke «verbraucht». Ein Unternehmen der Pharma-Industrie «verbraachte» im Jahre 1979 allein 1 089 251 Tiere, die aus seiner betriebseigenen Zuchtanlage stammten. Es besteht kein Anlass zu glauben, dass die Zahl der zu Versuchszwecken «verbrauchten» Tiere nach dem Inkrafttreten von Gesetz und Verordnung namhaft zurückgegangen wäre. Dies beweist unter anderem die Situation in Basel, wo man innert Jahresfrist von insgesamt 620 bewilligungspflichtigen Gesuchen nur zehn abgelehnt hat. Es ist nicht in Erfahrung zu bringen, wie viele Tiere die je bewilligten Gesuche umfassen. In manchen Kantonen ist die Ausführungsgesetzgebung in bezug auf die Kontrolle der Tierversuche noch nicht realisiert oder noch nicht zum Tragen gekommen.

An den Universitäten werden zu Lehrzwecken nach wie vor Massen von Tieren verbraucht. Das vom Gesetz vorgeschriebene «unerlässliche Mass» findet auch hier kaum Beachtung. Es ist aber auch im Bereiche der Lehre eine drastische Einschränkung des Tierexperimentes durchzusetzen. Sehr viele kompetente Wissenschaftler weisen heute mit Nachdruck darauf hin, dass weder Lehre noch Forschung so vieler Tierversuche bedürfen, sondern dass sich heute andere Methoden anbieten.

Zu einer teilweisen Reduktion kann das Verbot zweier Tests beitragen. Dazu gehört einmal der LD-50-Test, eine der verwerflichsten Erfindungen unserer Zivilisation. Dieser soll die Grenzwerte der zur Anwendung zuzulassenden Pharmaka anzeigen und wird indirekt durch Bundesorgane der Medikamentenkontrolle gutgeheissen. LD ist die englische Abkürzung für «tödliche Dosis». Einer Testgruppe von Tieren wird eine konzentrierte Dosis des Medikaments verabreicht, die solange abgeschwächt wird, bis 50 Prozent der Tiere am Leben bleiben. Dieser Test sowie der Draize-Test für Kosmetika sind auf dem Verordnungsweg sofort zu verbieten. Dass diese keine Berechtigung haben, geht aus mehreren wissenschaftlichen Untersuchungen hervor.

Das Tierschutzgesetz hält in seinem Artikel 16 fest: «Schmerzen, Leiden oder Schäden dürfen einem Tier nur zugefügt werden, soweit dies für den verfolgten Zweck unvermeidlich ist.» Auch figuriert hier die Bestimmung: «Hätte ein Versuch für ein Tier erhebliche Schmerzen, Leiden oder schwere Ängste zur Folge, so darf es nicht für weitere Versuche verwendet werden.» Diesen Bestimmungen wird in der Praxis im allgemeinen nicht nachgelebt.

Es ist ferner erforderlich, dass die kantonalen Bewilligungsgründe durch zusätzliche und strenge Kriterien klarer formuliert und die Bewilligungspraxis entsprechend restriktiv gehandhabt wird. Dazu könnte auch eine ausgewogenere Zusammensetzung der Kommissionen auf Bundesebene beitragen, indem darin mehr neutrale Experten und Laien berücksichtigt würden. Die Revision der Verordnung in den genannten Punkten ist dringlich. Der kontinuierlichen Tierquälerei und dem Verschleiss an Tieren im «Namen des Fortschritts unserer Gesellschaft» muss gebieterisch Einhalt geboten werden. Dieses Anliegen wird insbesondere von den Mitgliedern der parlamentarischen Arbeitsgruppe für einen wirksamen Tierschutz unterstützt.

#### *Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

##### *Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

#### *Überwiesen – Transmis*

82.926

### **Interpellation Ziegler-Genf Öffentliche Entwicklungshilfe. Verstärkung Interpellation Ziegler-Genève Aide publique au développement. Augmentation**

#### *Wortlaut der Interpellation vom 14. Dezember 1982*

Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen, um sein förmliches Versprechen, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,35 Prozent des schweizerischen Bruttosozialproduktes anzuheben, zu erfüllen?

#### *Texte de l'interpellation du 14 décembre 1982*

Quelles sont les mesures que le Conseil fédéral entend prendre afin de réaliser sa promesse formelle de porter à 0,35 pour cent du produit national brut l'aide publique au développement?

#### *Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Lors de la discussion de la loi fédérale de coopération technique et d'aide humanitaire, le Conseil fédéral a affirmé comme but prochain de sa politique d'augmenter l'aide publique au développement. Il a défendu ce même point de vue dans la récente réunion du DAC (Development Assistance Committee de l'OCDE).

Selon les promesses du Conseil fédéral, il était prévu d'augmenter les crédits d'aide publique au développement de 10 pour cent par an jusqu'à atteindre une somme qui soit équivalente à 0,35 pour cent du produit national brut de notre pays.

Or, la discussion budgétaire de décembre 1982 a révélé une tendance inverse: au lieu d'augmenter, le Conseil fédéral réduit les crédits attribués à l'aide publique au développement. Cette contradiction entre la théorie affirmée et la pratique budgétaire affecte gravement la crédibilité de la politique suisse d'aide au tiers monde. Elle constitue aussi une hypothèque sérieuse pour le dialogue entre la Confédération et les organisations privées d'aide au développement.

#### *Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates Rapport écrit du Conseil fédéral*

A diverses reprises dans le passé, notamment dans son rapport sur les Grandes lignes de la politique gouvernementale 1979 à 1983 et dans son Message du 9 juillet 1980 sur la continuation de la coopération technique et de l'aide financière en faveur des pays en développement, le Conseil fédéral a reconnu que l'aide suisse au développement était encore insuffisante. Il a affirmé qu'il entendait s'efforcer de la porter, vers le milieu de la décennie, au niveau moyen atteint par les pays industrialisés membres de l'OCDE (soit 0,35 pour cent du produit national brut en 1980).

Dans son rapport sur la planification financière pour les années 1984 à 1986 du 4 octobre 1982, le Conseil fédéral a cependant dû constater qu'il ne lui serait pas possible de parvenir à équilibrer le budget de la Confédération au cours de la prochaine législature, comme le lui demande une motion des Chambres fédérales de décembre 1981, sans reporter à plus tard la réalisation de ses objectifs en matière d'aide publique au développement.

Le Conseil fédéral est conscient que le réexamen des perspectives financières de l'aide suisse intervient à un moment où les besoins de soutien financier et économique des pays en développement sont particulièrement pressants. Il craint également les répercussions négatives d'une telle décision sur notre politique étrangère et sur notre politique économique extérieure. Il redoute enfin, compte tenu de l'importance des retombées de l'aide publique au développement pour l'économie suisse, les effets contraires d'une telle

## **Postulat Bundi Tierversuche. Tierschutzverordnung**

## **Postulat Bundi Expériences sur les animaux. Ordonnance sur la protection des animaux**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.403
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.06.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1010-1011
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 558

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.